

Geschäftsstelle:  
Gasselstiege 13  
48159 Münster  
Telefon:  
02 51 / 21 20 50  
Fax:  
02 51 / 200 66 13

E-Mail: [info@lsv-nrw.de](mailto:info@lsv-nrw.de)  
Internet: [www.lsv-nrw.de](http://www.lsv-nrw.de)



Dezember 2007

## Pressemitteilung

### Zwangsverrentung: Kompromiss verhindert Schlimmeres

Der Aufschrei ging quer durch die Republik – und er kam nicht nur von älteren Menschen. „Zwangsverrentung“ hieß das Wort, hinter dem sich auch nach Ansicht der Landeseniorenvertretung NRW (LSV NRW) eine höchst unsoziale Idee verbarg. Mit dem kürzlich in der Koalition gefundenen Kompromiss sei nun zumindest „die Speerspitze dieser Ungerechtigkeit“ zerbrochen worden, zeigt sich die LSV-Vorsitzende Dr. Uta Renn erfreut darüber, dass der vielfältige Protest die Politiker in die „richtige Richtung“ gezwungen habe.

Zum 1. Januar werden nun jene Langzeitarbeitslosen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und eigentlich noch arbeiten wollen – und das laut Bundesregierung ja auch bis 67 tun sollten –, nicht wie geplant automatisch auch gegen ihren Willen in die Rente geschickt. „Damit wären sie – erfreulich für die Politik - aus der Arbeitslosen-Statistik verschwunden“, so Dr. Renn, hätten aber bis zu 18 Prozent Abschläge an ihren Ruhestandsbezügen in Kauf nehmen müssen.

Dass sich Berlin nun unter dem allgemeinen Druck erst auf das 63. Lebensjahr als Termin für eine mögliche Frühverrentung von Hartz IV-Empfängern geeinigt hat, sieht die Vertreterin der kommunalen Seniorenvertretungen zwar durchaus nicht als optimal an. Dennoch ist sie erleichtert, dass viele der geschätzt rund 400 000 Arbeitslosen jenseits der 60 nicht gegen ihren Willen in die gekürzte Rente geschickt werden können. „Die Arbeitsagenturen müssen ihre Energien verstärkt darin setzen, die Älteren auch wirklich zu vermitteln!“

Dass drohende Altersarmut - der mit Abschlägen in die Rente Gezwungenen - zu Lasten der Kommunen gehe, ist die andere Anmerkung, die die Landesseniorenvertretung NRW macht. „Denn wer mit seinem Altersruhegeld nicht auskommt, der wird auf die von Städten und Gemeinden zu zahlende Grundsicherung angewiesen sein“, erinnert Dr. Uta Renn.

*Dr. Uta Renn,  
Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW e. V.*